

Aalener Jahrbuch 1988

Herausgegeben vom Geschichts-
und Altertumsverein Aalen e.V.

Bearbeitet von Karlheinz Bauer

Konrad Theiss Verlag
Stuttgart und Aalen

Die Verschmutzung des Kochers durch die Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen

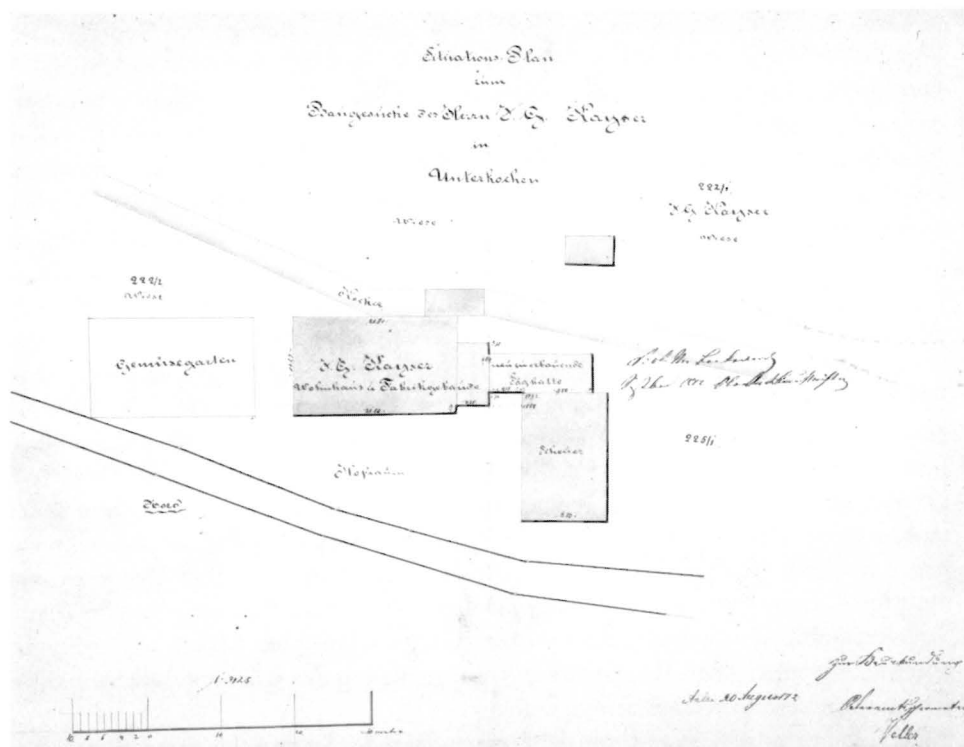
Karlheinz Bauer

„Umwelt hat Geschichte“ – so lautete das Thema des Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte 1986/87 um den Preis des Bundespräsidenten. In einem Geleitwort schrieb dazu Richard von Weizsäcker: „Der Mensch lebt mit der Natur und von ihr. Er macht die Natur zu seiner Umwelt, indem er sie seinen Bedürfnissen gemäß nutzt und gestaltet, dabei ausbeutet und schädigt, aber auch als unverzichtbare Lebensgrundlage pflegt und bewohnbar macht. Wie er sie durch seine Entscheidungen und sein Handeln beeinflusst, ist Teil seiner Geschichte.“¹

Schon immer haben Menschen die Umwelt verändert, um sich Lebensgrundlagen zu schaffen und Bedrohungen der Natur zu bannen. Besonders mit der Industrialisierung sind unsere Eingriffs- und Umgestaltungsmöglichkeiten immer schneller gewachsen; gewachsen sind damit auch die Gefahren. So gab es auch früher schon Umweltprobleme, sie wurden nur anders benannt. Und es gab Menschen, die sich um Verbesserungen bemühten. Manche Mißstände sind längst überwunden, andere tauchten neu auf. Geblieben sind die unterschiedlichen Wertvorstellungen und Interessengegensätze von Einzelnen oder der Gesellschaft, vor allem aber die daraus resultierenden Konflikte.

Da sich die ersten Industriebetriebe entlang der Achse Unterkochen–Aalen–Wasseralfingen überwiegend am Kocherlauf niedergelassen hatten, wurde die Gewässerverschmutzung recht bald zum vorrangigen Umweltproblem. Schon im Sommer 1875 führte die Stadt Aalen einen Prozeß gegen das Eisen- und Drahtwerk Erlau wegen Verunreinigung des Kochers. Die Firma leitete Eisenbeize in den Fluß ein, „wodurch viele Gewerbetreibende der Stadt, besonders Gerber, Färber u. a., an ihren Waren beschädigt und in ihrem Betriebe beeinträchtigt wurden. Hauptsächlich wurden Klagen geführt von Schönfärber Ferdinand Enßlin und von der Rotgerbergenossenschaft.“²

Doch das größte Ärgernis der Aalener Bürgerschaft sollte an anderer Stelle erstehen. 1878 ging die alte Schultheißenmühle in Unterkochen durch Kauf an die Gesellschaft C. F. Brucker & Co. über³. In dem Anwesen wurde seit 1867 eine Sägemühle betrieben. Der neue Eigentümer, Kaufmann Christian Friedrich Brucker (1832–1890) stammte aus Aalen und war seit 1863 in zweiter Ehe mit Sophie Katharina, einer Tochter des Kocherfärbers Ferdinand Enßlin, verheiratet⁴. Er richtete in der Mühle eine Papierfabrik mit Zellstofferzeugung ein. Von der 1878 stillgelegten Papierfabrik Seitz in



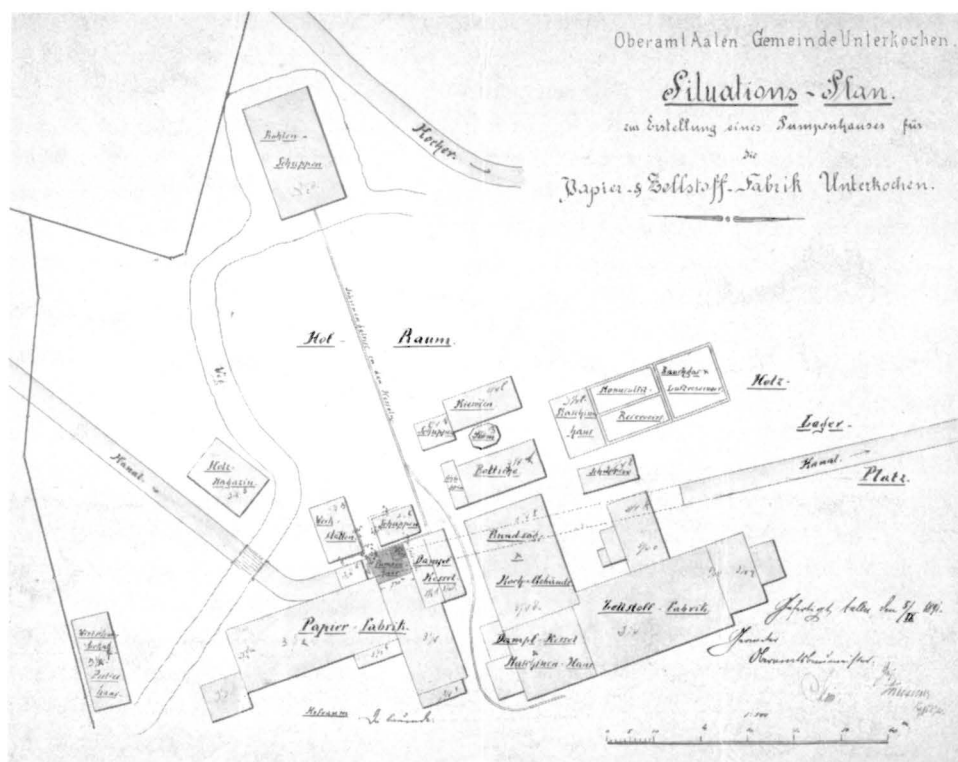
77 Lageplan der alten Schultheißenmühle in Unterkochen im Jahre 1872. In dem Anwesen wurde seit 1867 eine Sägemühle betrieben

der Glashütte wurde eine Papiermaschine übernommen; fünf Holländer wurden aufgestellt. Häufiger Wassermangel machte es erforderlich, daß 1882 neben die Kraft des Mühlrades eine Dampfmaschine trat⁵. Schon 1883 wurde das Werk in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Mit einer Kapitalsumme von 250 000 Mark gründete Heinrich Schnurmann, ein jüdischer Kaufmann aus Offenburg/Baden, die Firma Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen AG. Im selben Jahr entstand nordwestlich der ehemaligen Mühle ein neues Fabrikgebäude. Während im Altbau die Papierfabrik untergebracht war, diente der Neubau als Zellulosefabrik; beide Bauteile waren durch Transmissionen miteinander verbunden.

Das junge Unternehmen blühte mächtig auf; die Auftragslage war außerordentlich günstig. Arbeiter und Arbeiterinnen fanden gute Verdienstmöglichkeiten; monatlich wurden etwa 20 000 Mark Löhne ausbezahlt. Die steile Aufwärtsentwicklung zeigte sich nach außen in einer regen Bautätigkeit; innerhalb weniger Jahre hatte sich das Werk bis 1891 zu einer großflächigen Fabrikanlage ausgedehnt⁶. Ein 35 m hoher Ka-

min und ein markanter hölzerner Filtrierturm gaben dem Betrieb sein Gepräge⁷. 1890 konnte die Firma eine Filiale in Wolfach im Kinzigtal/Schwarzwald errichten. Der rasche Aufschwung, den die Papier- und Zellstoff-Fabrik genommen hatte, war begleitet durch vielfache Belastungen der Umwelt. Bereits im März 1883 führten die Anwohner ins Feld, daß der Betrieb für die Nachbarn schädlich sei. Der Besitzer der Zellstoff-Fabrik Wangen im Allgäu sei genötigt gewesen, benachbarte Grundstücke zu kaufen und Entschädigungen für Ertragsausfälle zu leisten. Das Schultheißenamt holte dort Erkundigungen ein und bat das Oberamt, dem Unternehmen aufzuerlegen, daß für alle Schäden, auch für solche, die bei Verunreinigung des Fischwassers durch den Abfluß schwefliger Säure bei nahen und fernen Nachbarn entstehen, Ersatz zugesagt wird⁸. Doch die Aufsichtsbehörden nahmen diese Klagen lange Zeit nicht ernst. Als die Firmenleitung 1888 weitere Chlorwasserreservoirs aufstellen wollte, vermochte selbst die Württembergische Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart „in diesem Bauwesen eine wesentliche Veränderung in dem Betriebe dieser lästigen Anlage nicht zu erblicken . . ., da zahlreiche Chlorwasserreservoirs schon vorher in diesem Betriebe wie in jeder Papierfabrik vorhanden sind und es sich daher im vorliegenden Falle nur um eine Vermehrung derselben handelt“⁹. Daß gerade ein vermehrtes Auftreten von Schadstoffen gefährlich werden könnte, wurde damals von den Sachverständigen offenbar nicht erwogen. Die zunehmenden Chlor- und Schwefeldämpfe, vor allem aber die verstärkte Verunreinigung des Kochers, führten bald zu jahrelangen zermürenden Streitigkeiten.

Am 29. Februar 1888 protestierte der Gemeinderat der Stadt Aalen erstmals gegen die starke Verunreinigung des Kochers durch die Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen¹⁰. Der Anlaß dafür war eine Bekanntmachung des Oberamts in der Kocher-Zeitung, wonach diese Firma um die Erlaubnis nachgesucht hatte, ihre Wäschereiabwasser in das Altwasser des Kochers ableiten zu dürfen¹¹. Stadtbaumeister Christian Oesterlein befürchtete, daß dadurch „noch mehr Schlamm und Unrat“ als bisher in den Kocherfluß gerate¹². Stadtschultheiß Julius Bausch bemerkte gegenüber dem Gemeinderat, „wegen der Nützlichkeit der Fabrikttätigkeit“ habe man kleinliche Bedenken nie geltend gemacht; selbst Verunreinigungen, die das Fischwasser zugrunderichteten, „habe man hingehen lassen“. Nachdem aber die öffentlichen Gewässer in letzter Zeit so stark verschmutzt würden, „daß es der Einwohnerschaft nicht mehr möglich sei, im Kocher zu baden“ und „das früher ganz helle und klare Kocherwasser für häusliche Zwecke zu benutzen“, erscheine es angezeigt, Protest zu erheben. Sich noch weiter schädigen zu lassen, gehe zu weit und müsse „als unberechtigtes und unbilliges Verlangen“ bezeichnet werden. Der Stadtrat zögerte nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß auch noch von anderen Fabriken die öffentlichen Gewässer beeinträchtigt würden¹³. In der Kocher-Zeitung vom 13. Juni 1888 gab das Stadtbauamt bekannt, „daß infolge der hauptsächlich in letzter Zeit so bedeutend zugenommenen Verunreinigung des Kocherwassers durch die oberhalb der Stadt gelegenen Fabriken von einer



78 Lageplan der Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen im Jahre 1891

Benützung der Badanstalt ins solange keine Rede sein kann, als nicht in denjenigen Fabriken, von welchen aus die Verunreinigung des Wassers stattfindet, Vorkehrungen zur gründlichen Reinigung ihres Abwassers angebracht werden und wieder möglichst sauberes, zum Baden geeignetes Wasser zufließt¹⁴. Da nun jegliches Baden im Kocher unmöglich geworden war, suchte man wenige Wochen später geeignete Badeplätze an der Aal. Eine Schwierigkeit bildete jedoch hier der Wassermangel bei längerer sommerlicher Trockenheit¹⁵. Diese mißlichen Umstände zwangen zur Planung einer Badeanstalt im Hirschbach; bereits 1892 konnte dort das neue Freibad in Betrieb genommen werden.

Doch einstweilen nahmen die Belastungen des Kocherwassers ihren Fortgang. Im Frühjahr 1889 wurden Gutachten durch das Oberamtsphysikat Aalen und das Königliche Medizinalkollegium erstellt. Dabei wurden schwere Beanstandungen erhoben. Im Herbst 1891 rügten die Gesundheitsbehörden erneut „die Masse des freiliegenden Schmutzes“ und den „durchdringenden Gestank“ des Kocherbettes, das mit seinem

„spärlichen Wasser . . . eine Kloake . . . darstelle“¹⁶. Nun fühlte sich die Königliche Regierung des Jagstkreises in Ellwangen auf den Plan gerufen¹⁷. Mit Erlaß vom 2. November 1891 wurde die Stadt Aalen aufgefordert, sich zu äußern, „was gegenüber der behaupteten Verunreinigung, die in Aalen selbst in bedeutendem Maße stattfinden solle, demnächst zu geschehen hätte“. Da die regierungsamtliche Schelte an die falsche Adresse gerichtet war, erlaubte sich der Gemeinderat, „die tatsächlichen Verhältnisse zu beleuchten“. Dabei wurde klargestellt: „In früheren Jahren, vor 10, 15 und 20 Jahren noch, war das Kocherwasser auch unterhalb Aalens noch ein klares, helles Wasser, in dem es zahlreiche Fische, besonders Forellen, gab; es wurde allgemein im Kocher gebadet, das Wasser wurde zum Waschen, Viehtränken, ja von den Bierbauern zum Biersieden und zu manch anderem mehr benützt. Jetzt – nach Errichtung der Papier- und Zellstoff-Fabrik, Neueinrichtung von Papierfabriken und bedeutender Ausdehnung bestehender Papierfabriken . . ., sämtliche auf Markung Unterkochen – ist die Fischzucht total vernichtet, ja es wächst tatsächlich nicht einmal mehr ein Gräslein oder eine sonstige Pflanze in dem Kocher; man kann in demselben nicht mehr baden, nicht mehr Viehtränken und man kann das Wasser eigentlich zu gar nichts mehr benützen, höchstens noch zu Feuerlöschzwecken.“ Es wurde weiter beklagt, daß für die Stadt die Erlöse aus dem Fischwasser entfallen; außerdem müsse man die frühere Badeanstalt im Kocher, mit einem Aufwand von rd. 5–6000 Mark hergestellt, verlassen und ein neues Freibad um 27 000 Mark anlegen. „Daß diese Verunreinigung des Kochers . . . von den oberhalb Aalens liegenden Fabriken herkommt, ist nicht bloße kühne Behauptung, sondern unumstößliche Wahrheit . . . Dies ist auch durch die Wasserproben des K. Oberamtsphysikats . . . sprechend nachgewiesen und von dem K. Medizinalkollegium nicht bestritten.“ Besonders vermerkt wurde, daß „nach den früheren Wahrnehmungen schon gleich unterhalb der Stadt das Kocherwasser wieder hell und klar war und das Wasser . . . zum Baden, Viehtränken und als reichhaltiges Fischwasser benützt werden konnte“. Wenn auch „der Wert von Gewerbe- und Industrietätigkeit“ anerkannt wurde, so forderten die bürgerlichen Kollegien dennoch, „daß sämtliche Papier- und andere Fabriken wenigstens solche Vorkehrungen treffen, daß ihr oft dick schmutziges, reichlich mit Fasern, Farbstoffen, Chlorkalk und Eisenbeize vermengtes Abwasser . . . gereinigt wird und erst in diesem wesentlich gereinigten Zustande dem Kocher zugeleitet werden darf. Denn unumstößliche Tatsache ist es, daß sommers bei geringem Wasserstand die Ablagerungen des Fabrikunrats in und um die Stadt üble Ausdünstung verbreiten, die der Gesundheit der Einwohnerschaft . . . nur schädlich sein kann.“¹⁸ Mit dieser Erklärung appellierten Gemeinderat und Bürgerausschuß der Oberamtsstadt an die hohe Kreisregierung in Ellwangen; dem Stadtschultheißen wurde ein „ganz energisches Vorgehen“ in dieser Frage zur Pflicht gemacht¹⁹.

Die mit Spannung erwartete Antwort der Kreisregierung schob die volle Schuld der Stadt Aalen zu; es bilde „das Wasser des Stadtgrabens und des Taufbachs die Haupt-

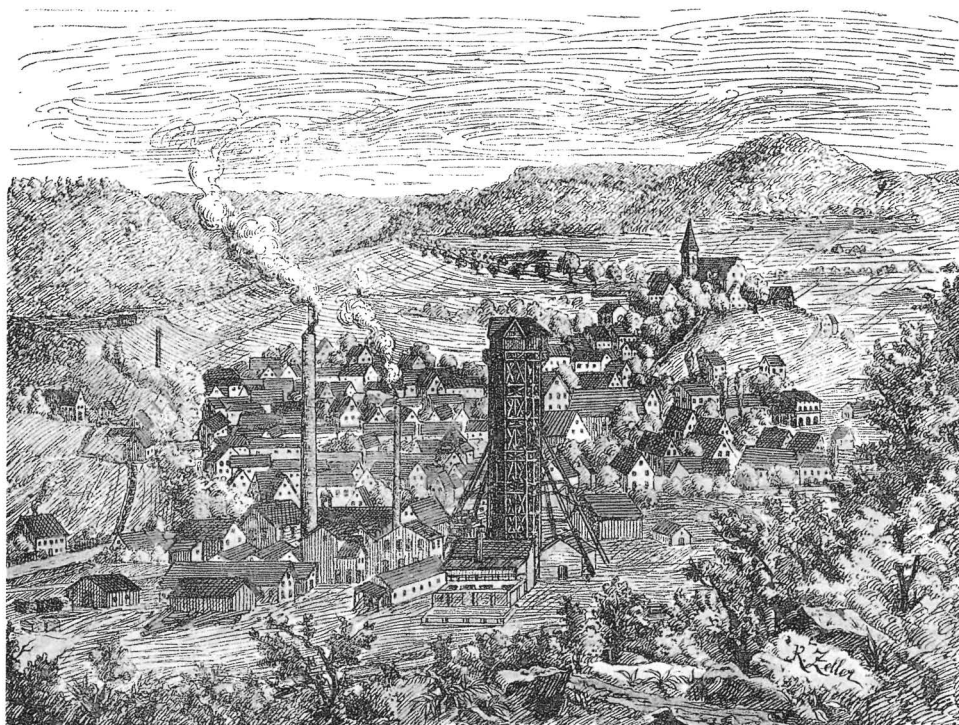
quelle der Verunreinigung des Kocherwassers“. Dieser Mißstand lasse sich ohne große Kosten beseitigen²⁰. Gestützt war dieser Spruch auf eine Äußerung des Oberamtsarztes Dr. Linser, welcher den Kocherzuflüssen innerhalb des Stadtgebietes ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellte. Ihr Wasser habe „ein schmutzig grauschwarzes, schillerndes Aussehen“, verunreinige die Luft „in ekelregender Weise“, erinnere an „Gülle“ (= Jauche) und verbreite einen üblen, abstoßenden Gestank. Das Augenmerk sei auf die Abwässer der Aalener Färbereien, Gerbereien und Bierbrauereien zu richten, zumal sich das Unreine der Stadt nicht anders verhalte als das Unreine der Fabriken²¹.

Das Verhalten der Behörden erregte zurecht den Unmut der Bevölkerung. In einer Unterschriftensammlung wandten sich die Anwohner des Kochers an Stadtschultheißenamt und Gemeinderat²². Die Verunreinigung des Wassers habe einen Grad erreicht, wie man ihn früher nicht kannte. Die Aalener Bürger forderten, diesem trostlosen, für Auge und Nase ekelhaften und für die Gesundheit besorgniserregenden Übelstand abzuhelpfen. Selbst aus Wasseralfingen liefen Klagen ein²³. Auch die Presse förderte die öffentliche Diskussion.

Die „Deutsche Reichspost“, das Zentralorgan der Konservativen Süddeutschlands, tadelte am 27. September 1892 unter der Überschrift „Die maßlose Flußverunreinigung“²⁴, daß in Aalen das Kocherbad aufgegeben und mit viel Geld an einem anderen Ort eine neue Badeanstalt eingerichtet wurde. Zu vieles müsse „da zurücktreten vor den weit wichtigeren Interessen der Großindustrie, welche Hunderte und Tausende von Menschen ernährt . . . Ja, auch die Väter der Stadt [Aalen] beugten sich endlich vor den Herren der Großindustrie . . . Man sieht also: Rücksichten über Rücksichten gegen die Großindustrie – so viele, daß in weiten Kreisen die Frage aufgeworfen wird, ob denn die Rücksichten, die die Großindustrie glaubt beanspruchen zu dürfen, grenzenlos sind? Wo hören diese Rücksichten auf? . . . Sollen schließlich auch noch Gesundheit und Leben der am Wasser wohnenden Bevölkerung der Großindustrie geopfert werden? . . . Niemand verlangt etwas Unmögliches und Ungerechtes von den Fabrikleitungen; aber das Mindeste, was man von ihnen verlangen darf, ist, daß sie die diesbezüglichen Polizeivorschriften genau beachten und die entsprechenden Vorrichtungen für Unrat nicht nur herstellen, sondern auch gewissenhaft benutzen und instandhalten.“ Der Schreiber dieses Artikels wunderte sich, wie man angesichts der Gefahren von Cholera und Typhus – „letztere Krankheit ist ja leider in unserem Kochertal kein seltener Gast“ – „die größte Wasserrinne der Stadt ganz ruhig und gelassen ihren Pesthauch ausströmen“ läßt.

Der „Schwäbischen Tagwacht“, dem Organ der Sozialdemokraten Württembergs, diene die vielbesprochene Kalamität am 26. Mai 1893 „zur Kennzeichnung unserer heutigen, nur auf der Profitsucht beruhenden kapitalistischen Produktionsform“²⁵. Für die „Kochervergiftung mit ihren schädlichen Folgen“ machte der Verfasser hauptsächlich „die chlorkalkgesättigten Abwasser der Zellstoff- und Papierfabriken“ ver-

antwortlich. „Statt der klaren Fluten . . . wälzt sich heute . . . eine trübe, übelriechende, oft in allen Farben spielende Flüssigkeit an dem Beschauer vorüber, die den Namen Wasser überhaupt nicht mehr verdient; dieselbe erstreckt sich von genannter Fabrik an zwei Stunden stromabwärts und nimmt mit jedem Jahr an Ausdehnung zu . . . Für die Anwohner . . . kann dieser stundenlange Giftstrom auch noch eines Tages äußerst verhängnisvoll für das Leben und die Gesundheit derselben sich erweisen. Es ist . . . wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eine solche Kloake in heißen Sommern besonders geeignet ist, Epidemien aller Art zu befördern oder gar hervorzurufen; trotz allem diesem aber hat man bis heute nicht vermocht, auch von keiner Seite aus dem vermessenen Unterfangen der Urheber der Kloake Einhalt zu bieten. Gesundheitspolizei und Gemeindebehörden scheinen ihnen machtlos gegenüberzustehen oder wollen vielleicht aus anderen Gründen ihnen nicht zu nahe treten . . . Wir fordern deshalb hier im Interesse der Gesamtheit die maßgebenden Regierungskreise auf, dem gemeingefährlichen, d. h. Luft und Wasser vergiftenden Treiben der Zellstoffbarone und Papiermagnaten am oberen Kocher ein energisches Halt zuzurufen . . . Durch die schlechten Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, in welchen eine große Anzahl Arbeiterfamilien hier und in der Umgebung lebt, ist der Boden für eine Epidemie nur zu gut vorbereitet und bei Ausbruch einer solchen dem Tode eine reiche Ernte gesichert.“ Letzterer Artikel erschien am 1. Juni 1893 wörtlich auch im „Aalener Tagblatt“²⁶, einem Konkurrenzblatt zur etablierten Aalener „Kocher-Zeitung“. Damit hatte die Auseinandersetzung spürbar eine politische Dimension erfahren. Die „Kocher-Zeitung“ veröffentlichte am 17. Juni 1893 eine Erwiderung, welche die allseits heftig attackierte Papier- und Zellstoff-Fabrik in Unterkochen in Schutz nahm²⁷. Es wurde zugegeben, daß die Betriebe mit „erheblichen Mengen von Chemikalien arbeiten. Wahr ist . . ., daß der Verbrauch an solchen in den Papierfabriken . . . ein höchst bedeutender ist.“ Allerdings wurde sogleich abgeschwächt, von den Schadstoffen seien „in den Abwässern kaum noch die allergeringsten Mengen . . . enthalten . . . Was von diesen Stoffen . . . noch in die Flüsse gelangt, ist . . . so minimal, daß es in dem Wasser . . . total verschwindet . . . Mit allen Hilfsmitteln von der Welt wird es nicht gelingen, das Flußwasser in Fabrikstädten . . . in der Reinheit, in der es den Quellen entströmt, zu erhalten . . . Überall in der ganzen Welt sind die Flüsse nicht allein zum Baden und Fischen, sondern auch dazu da, den Unflat der Städte . . . mit fort und in das Meer hinauszunehmen . . . In einer Zeit . . ., in der die Hauptindustrie unseres Bezirks am Boden liegt und kaum jemand einen Begriff davon hat, welche Sorge auf unsere Fabrikbesitzer gelegt ist, um nur ihren Arbeitergrundstock zu erhalten und durchzubringen, braucht es gerade noch solcher, von der entschiedensten Böswilligkeit in die Feder diktiert Auslassungen, um unsere Industrie überhaupt ihrem Ruin und unsere Tausende von Arbeitern mit ihren Familien dem Notstande und dem Elend entgegenzuführen . . . Wo es sich um Beseitigung eines wirklichen Übelstandes handelt, ist unseren Fabrikanten . . . kein Opfer zu groß und jeder Vorschlag, komme



79 Blick auf Unterkochen, um 1890. Im Vordergrund ist der markante Filtrierturm samt den Werksanlagen der ehemaligen Papier- und Zellstoff-Fabrik (heute Firma Gebrüder Wöhr, Eisenwerk) zu erkennen

er von behördlicher oder von privater Seite, wird gerne entgegengenommen und beachtet. Wegen einiger Zentner Fische aber unsere Fabriken zu schließen und damit die Existenz ihrer Besitzer zu zerstören und nebenbei die höchsten Interessen unserer Staatsfinanzverwaltung und unserer Arbeiterwelt im Innersten zu treffen und zu gefährden, wird doch nicht in ihrem Sinne liegen?“ Inzwischen war die Diskussion mit starken Emotionen befrachtet. Kein Wunder: Deutschland stand wenige Tage vor der Reichstagswahl.

Keine drei Wochen später, am 8. Juli 1893, war der Kocher-Zeitung zu entnehmen, daß die Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen beabsichtigte, einen weiteren (dritten) Zellulosekocher aufzustellen²⁸. Dagegen erhob die Stadtverwaltung Aalen beim Oberamt „ganz energisch Protest“ und beantragte, „dem . . . Gesuch die Genehmigung zu versagen“²⁹. Erneut wurde vorgetragen, „daß erst seit dem Bestehen der Zellstoff-Fabrik . . . das sonst hell und klar gewesene Kocherwasser derart verunreinigt sei, daß es . . . nicht mehr wie früher zum Waschen, zum Putzen, zum Viehtränken, ja selbst nicht mehr recht zum Gartenbegießen verwendet werden könne“. Nach dem

vollständigen Ruin des Fischwassers habe man eine neue Badeanstalt im Hirschbach-tale „mit kaum genügendem Wasser“ erstellen müssen; auch sei durch den Wegfall des Kocherwassers eine Erweiterung der Trinkwasserversorgung nicht mehr zu umgehen. Mit einer Eingabe beschwerte sich eine größere Zahl von Anwohnern des Alt-Kochers³⁰; die „ekelhafte Ausdünstung“ des Morastes sei bei heißer Witterung kaum auszuhalten. Gerade an Sommertagen gingen bei geringem Wasserstand die in Massen wachsenden Algen schnell in Fäulnis über und verbreiteten einen unausstehlichen Geruch³¹. Willkommene Schützenhilfe leistete Bergrat Wepfer, der für das Hüttenwerk Wasseralfingen in scharfer Form Einspruch einlegte³². Ein dritter Zellulosekocher stelle eine Erweiterung des Betriebs und damit der „als unerträglich empfundenen Verunreinigung“ des Kochers dar. Die von der Fabrik angelegten Klärbassins und Rieselanlagen hätten sich „als nahezu unwirksam erwiesen“. Für das Hüttenwerk seien die schwebenden feinen Holzfasern in hohem Grade lästig und gefährlich; sie verstopften Rohrleitungen, Ventile und Schieber, trügen zur Schlamm- und Schwebstoffbildung in den Dampfkesseln bei und veranlaßten häufige Reparaturen.

Der Verständigungsversuch aller Beteiligten währte einen vollen Tag, lief teilweise in erregter Atmosphäre ab und erbrachte keine Einigung³³. Der Firmenvertreter, Prokurist Theodor Egelhaaf, „suchte darzulegen, daß diese Beschwerde ebenso wie alle übrigen jeder Begründung entbehre, da es sich nur um einen Reservekocher handle, der nur während notwendiger Reparaturen an den anderen Kochern in Betrieb gesetzt werde und daß daher eine Vergrößerung des Betriebs vollständig ausgeschlossen sei“. Diese Aussage stieß jedoch bei den Anwesenden auf reichliche Skepsis, denn es sei, „wie es erfahrungsgemäß mit solchen Sachen geht, wenn der Reservekocher genehmigt ist, bis zur regelmäßigen Benützung desselben nur ein kleiner Schritt“. Bei dem Augenschein, der auf dem Gelände der Firma stattfand, entging dem Vertreter der Stadt Aalen, Polizeikommissär Maier, nicht, „wie in dem Kanal das klarste, schönste Wasser in die Fabrik hereinfließt, wie in dem Kanal auch das sog. Fischkraut in Masse wächst, während in dem Abwassergerinne eine schlammige, scharfe Dünste ausströmende Flüssigkeit hinausfließt. Unterhalb der Fabrik zeigt das Altbett des Kochers schon dieselben Erscheinungen wie hier in Aalen; es enthält eine dunkle, stinkende und schlammige Brühe und keine Spur mehr von Wasserpflanzen. Man konnte auch sehen, wie die Abwasserfiltrieranlage absolut ungenügend ist.“

Wieder gingen die Wogen in der Presse hoch³⁴. Es kam zu einem öffentlichen Schlagabtausch zwischen der Papier- und Zellstoff-Fabrik und der Papierfabrik Palm; beide schoben sich gegenseitig die Hauptschuld an der Kocherverschmutzung zu. Als die Papierfabrik Palm konterte, „daß eine Zellulosefabrik nicht in das hiesige enge Tal und an einen so kleinen Fluß gehört“, mußte sie sich sagen lassen, statt einer Filteranlage besitze sie „ein aus alten Kistenbrettern zusammengeageltes, mit einem heimlichen Ablasshahnen versehenes Flickwerk“; im übrigen wäre ihr „die Beseitigung der Zellstoff-Fabrik recht erwünscht“.

Der Kreisregierung in Ellwangen stand der Schiedsspruch zu. Zwei Augenscheintermine behielt sich die übergeordnete Behörde vor³⁵. „Heißen Kampf gehabt!“, signalisierte danach der Vertreter der Stadt Aalen³⁶. Es fiel auf, „daß das Wasser zur Zeit der Untersuchung der Fabriken bzw. des Kochers ganz rein gelaufen ist“³⁷. Fast resigniert klagte Stadtschultheiß Bausch³⁸: „Als himmelschreiend kann es bezeichnet werden, wie unter der Geldmacherei der unter der Direktion eines Israeliten stehende Zellstoff-Fabrik mehr oder weniger die ganze Stadt Aalen, ja die ganze Anwohnerschaft am Kocherfluß bis weit hinab im Kochertal zu leiden hatte.“ Inzwischen ließ sich das Kocherwasser auch nicht mehr zu Feuerlöschzwecken verwenden, da es die Saugspritzen verstopfte. „Die Gemeinheit wird doch zu weit getrieben.“ Doch jede Hoffnung trügte: Am 30. Oktober 1893 genehmigte die Regierungsbehörde in Ellwangen den von der Papier- und Zellstoff-Fabrik gewünschten sogenannten „Reserveholzkocher“³⁹; die zahlreichen Einsprachen der Staatsfinanzverwaltung, des Hüttenwerks Wasseralfingen, der Stadt Aalen, der Gemeinde Wasseralfingen, der wässerungsberechtigten Wiesenbesitzer in Unterkochen, der Papierfabrik Palm und der Gerbergewerkschaft in Aalen wurden als unbegründet abgewiesen. Der zusätzliche Zellulosekocher durfte unter der Bedingung aufgestellt werden, daß er nur im Reservefall eingesetzt und dabei einer der bereits vorhandenen Kochapparate unter amtlichen Verschuß gelegt wird. Nachdem „die Unternehmerin in glaubhafter Weise versichert hat, daß sie eine Erhöhung der Produktion in keiner Weise beabsichtige“, sei auch „eine Vermehrung des Quantums der in den Kocherfluß abfließenden Lauge“ nicht zu befürchten.

Gegen den Bescheid der Kreisregierung war das Rechtsmittel des Rekurses an das Innenministerium in Stuttgart gegeben; von dieser Möglichkeit machte die Stadt Aalen im Verein mit dem Hüttenwerk Wasseralfingen und der Papierfabrik Palm Gebrauch⁴⁰. Wiederum wurde ins Feld geführt, daß der Kocher seit der Inbetriebsetzung der Papier- und Zellstoff-Fabrik „als Nutzwasser überhaupt nicht mehr brauchbar ist“ und der fragliche dritte Holzkocher einer Erweiterung des Betriebs gleichkomme. Daß der Kampf gegen die „lästige Anlage“ in ein akuterer Stadium getreten war, zeigten erneute Zeitungsfehden⁴¹, hinter denen, wie diskret verlautete, die Papierfabrik Palm stand⁴². Dem Begriff „Eigennutz“ wurde das „allgemeine Volkswohl“ gegenübergestellt, aber auch der pragmatische Satz: „Der Fabrikeinrichtungen sind es an der kurzen Strecke vom Ursprung des Kochers bis zur Stadt Aalen schon mehr als genug.“

Im Frühjahr 1894 nahm die Verschmutzung des Kochers wieder deutlich zu: „Enten, die im Kocher schwammen, wurden von einer braunen Schmiere überzogen.“ Als Verursacher kam die Aktiengesellschaft Union ins Gespräch; sie setzte sich wortreich zur Wehr, weil von ihr „jahraus und jahrein nichts Unreines in den Kocher kommt“⁴³. Neue Untersuchungen belasteten indessen schwer die Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen. Man konnte ihr nachweisen, daß sie dem Kocher „wieder in verstärk-

tem Maße chemische Bestandteile sowie Faserstoffe zugeführt“ hatte. Mit Verfügung vom 26. März 1894 erteilte die Kreisregierung in Ellwangen der Firma die Auflage, binnen sechs Monaten für eine unschädliche Beseitigung ihrer Abwässer zu sorgen, andernfalls die „Einstellung des Betriebs der Fabrik“ drohe⁴⁴. Erneute Polemik zog durch die Presse⁴⁵. Eine besorgte Stimme aus Unterkochen warnte, das Werk stillzulegen; der Steuerausfall „würde die guten ökonomischen Verhältnisse hier derart mindern, daß hiedurch ein wahrer Ruin für hiesige Bevölkerung eintreten müßte, dem eine arme, die öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmende Einwohnerschaft zur Seite stünde“. Die Gegner schossen zurück: „An Stelle des eingegangenen schädlichen Betriebs wird sofort ein anderer unschädlicher entstehen, in welchem die seither verwendeten Arbeiter neben gesünderer Beschäftigung auch noch höhere Löhne erhalten dürften.“

Das bedrohte Unternehmen blieb nicht tatenlos. Es legte im Juni 1894 ein Gutachten von Prof. Dr. Eberhard Fraas, Konservator am Kgl. Naturalienkabinett in Stuttgart, vor⁴⁶. Der Sachverständige, einer der führenden Geologen des Landes, empfahl, die schädlichen Abwässer auf die Höhe des Langert zu pumpen und dort versinken zu lassen. „Wo dieses versenkte Abwasser je wieder zu Tage treten wird“, so resultierte der Fachmann, „ist nicht zu bestimmen und wird auch nie bestimmt werden können, da die Menge so gering ist (0,7 l/sec), daß sie in den Schichten spurlos verschwindet.“ Gegen diesen Plan erhob die Stadt Aalen „mit allen zu Gebot stehenden Mitteln“ Einspruch⁴⁷. Da die städtische Wasserversorgung aus dem Quellgebiet des Langert gespeist wurde, war zu befürchten, daß „diese Fabrik, die nur dem engherzigen Interesse einzelner . . . recht gute Dienste leistet, auch unsere mit teuren Opfern eingerichtete Quellwasserleitung zugrunde richten“ will. Die Stadtväter erwogen eine Audienz beim Innenminister⁴⁸. Soweit kam es jedoch nicht, das Vorhaben der Firma scheiterte, da die Grundstückseigentümer (Gemeinde und Realgemeinde Unterkochen) ihre Zustimmung zum Einlegen der bleiernen Röhrenleitungen nicht gaben⁴⁹.

Siegesstimmung verbreitete sich, als in Aalen die Kunde eintraf, daß das Innenministerium am 13. Juni 1894 entschieden hatte, den Spruch der Kreisregierung Ellwangen aufzuheben und die Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen mit ihrem Gesuch um Aufstellung eines dritten Zellulosekochers abzuweisen⁵⁰. Bei seiner Entscheidung ließ sich das Ministerium davon leiten, daß auch ein Reservekocher „die Leistungsfähigkeit der ganzen Anlage zweifellos erhöht“ und die von dem Unternehmen „getroffenen Einrichtungen nicht hinreichen, um den . . . schädigenden Einfluß der . . . Fabrikabwasser zu beseitigen“.

Daß die amtliche Meinung der Wirklichkeit entsprach, bewies die Firma selbst. Zunächst ließ sie die Frist, die ihr die Kreisregierung für eine unschädliche Beseitigung ihrer Abwässer bis 1. Oktober 1894 gesetzt hatte, untätig verstreichen. Eine weitere Frist, die bis 1. Juni 1895 gewährt wurde, vermochte das Unternehmen durch Verhandlungen bis 1. August 1895 verlängert zu bekommen⁵¹. Allerdings blieb auch diese

Zeit schlecht genutzt; eine neue Kläranlage, die im Sommer 1895 erstellt wurde, brachte keinerlei Verbesserung⁵². Im Gegenteil: Der Kocher war „mehr denn je verunreinigt“, das Wasser, „ganz dickschwarz“, roch „abscheulich“. Hunderte von Fischen trieben tot daher⁵³. Statt dessen schöpfte die Werkleitung alle gegebenen Rechtsmittel aus⁵⁴. Offenbar schien „das ganze Streben der Fabrikleitung darauf gerichtet gewesen zu sein, die Sache immer mehr in die Länge zu ziehen, die unbequemen Beschwerdeführer zu ermüden und das Publikum an die widerlichen Zustände zu gewöhnen“⁵⁵. Nach wie vor suchte eine gezielte Propaganda die allgemeine Misere über die Presse herunterzuspielen⁵⁶, „an der Verunreinigung des Flußlaufs sei die Zellstoff-Fabrik gar nicht schuld, die schwarze Farbe des Wassers komme von dem Eisengehalt des Erdbodens her und die . . . Sulfitlauge wirke . . . nicht schädlich, sondern geradezu desinfizierend . . . Bei der Entscheidung zwischen der Industrie und den Fischen könne man nicht unbedingt den letzteren den Vorrang einräumen.“

Als dann die Beschwerden über das verschmutzte Kocherwasser selbst aus den Oberämtern Gaildorf und Schwäbisch Hall einliefen, sah sich die Kreisregierung in Ellwangen erneut zum Handeln genötigt. Nachdem die Verunreinigung „eine sehr bedeutende sein müsse, da sie in so großer Entfernung vom Ursprung noch zutage trete“, verbot sie mit Erlaß vom 21. September 1895 der Fabrik jede mittelbare oder unmittelbare Ableitung der Abwasser in den Kocher. Dieses Mal war keine Frist mehr gewährt, da alles bisherige Zuwarten „ohne den erhofften Erfolg“ geblieben war⁵⁷.

Es sah so aus, als hätte die staatliche Aufsichtsbehörde den „empörten Weheruf von 20 000 Kocheranwohnern“ endlich erhört⁵⁸. In der Tat war der Widerstand der Bevölkerung spürbar gewachsen. Durch die ganze Landespresse zogen sich längst die Ärgernisse am oberen Kocher. Auch „Der Kinzig-Bote“ griff dieses Thema auf⁵⁹, litt doch die Bevölkerung dieses Schwarzwaldtales unter denselben Belästigungen, die von der Zellstoff-Fabrik Wolfach, einer Filiale des Unterkochener Werkes, ausgingen. „Die Fabrik, anstatt das einzig richtige Abhilfsmittel der vollständigen . . . Unschädlichmachung ihrer . . . Abwasser in Angriff zu nehmen, – weil das natürlich viel Geld kostet – probiert an allen möglichen anderen Abhilfsmitteln herum, die alle bei der großen Produktion und . . . Abwassermenge . . . gegenüber dem kleinen Kocherfluß wirkungslos sind.“ Kaum noch jemand brachte Verständnis auf, warum die unzähligen Beschwerden umsonst sein sollten. „Warum wird da nicht abgeholfen, warum tut die Regierung nichts?“ Große Erbitterung herrschte über die Langmut und Geduld der amtlichen Stellen. Man will offenbar „den Leitern und Aktionären der Fabrik, die seine Parteigenossen sind, nicht zu nahe treten und schweigt“.

Wie zu erwarten war, erhob die Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen gegen das Verbot der Kreisregierung Beschwerde beim Innenministerium⁶⁰. Stadtschultheiß Bausch suchte mit einer Deputation des Gemeinderates am 28. Januar 1896 in einer Audienz bei Innenminister von Pischek darum nach, daß „das schwerverletzte Rechtsbewußtsein der Einwohner von Aalen endlich Genugtuung erhält gegenüber

einer in den Mitteln nicht wählerischen . . . Fabrikdirektion . . ., die ihrer . . . Verpflichtungen im mindesten nicht mehr bewußt ist“⁶¹. Der Minister sagte „gründliche Abhilfe“ zu⁶², zumal er auch kurz zuvor in einer Sitzung des Landtags davon gesprochen hatte, die Zustände am Kocher „schreien oder vielmehr riechen zum Himmel“⁶³. Am Tage einer vom Ministerium veranlaßten unvermuteten Kontrolle zeigte sich das Kocherwasser zwar „außergewöhnlich hell“, war aber tags darauf nach der Abreise der Kommission wiederum „mit vielen Algen und Faserklumpen verunreinigt“⁶⁴. Dennoch stellte das Gutachten fest, daß die Mißstände „über das zulässige Maß weit“ hinausgingen und der Fluß bis Gaildorf seine normale Beschaffenheit noch nicht erlangt hat⁶⁵. Aber das Ministerium ließ sich Zeit, und die Verschmutzung des Wassers konnte „in alter bekannter Weise, ganz unbekümmert um frühere amtliche Auflagen . . . und hohnsprechend aller staatlichen Autorität fortgesetzt“ werden⁶⁶.

Am 15. Juli 1896 wies das Innenministerium die Beschwerde des Unternehmens als unbegründet ab, schränkte aber das Verbot der Einleitung von Abwässern auf die sogenannten Kocherlaugen ein; außerdem sollte das Verbot erst drei Monate nach Eröffnung der Entscheidung in Kraft treten⁶⁷. Auch bei dieser Rechtslage blieb das Unternehmen hartnäckig. Über die Presse ließ es im Lande verbreiten, es sei ein „Opfer künstlich genährter Agitation“ geworden⁶⁸. Sodann suchte die Fabrikleitung um Fristverlängerung für das Inkrafttreten ihrer Auflage nach; „es sei bis jetzt nicht der Nachweis erbracht worden, daß binnen der 13jährigen Tätigkeit der Fabrik . . . irgend jemand an Leben und Gesundheit geschädigt worden sei“⁶⁹. Um die Behörden zu beschwichtigen, legte die Firma das Gesuch für eine Anlage vor, in der die lästigen Laugen verdampft werden sollten. Obwohl diese Anlage aus Kostengründen nie gebaut wurde und trotz erneuter massiver Einsprachen des Aalener Gemeinderates gab das Ministerium nach; es gewährte dem Unternehmen eine weitere Frist bis 1. April 1897⁷⁰.

Die gewonnene Zeit nützte die Papier- und Zellstoff-Fabrik, um den gerichtlichen Weg zu beschreiten; sie legte am 23. September 1896 Rechtsbeschwerde beim Königlichen Verwaltungsgerichtshof in Stuttgart ein⁷¹. Als Gründe wurden genannt: Die Kocherlauge sei weder übelriechend, noch ekelhaft, noch schädlich; ihre Einleitung in den Fluß könne nicht verboten werden. An einem öffentlichen Flußlauf dürfe der Gemeindegebrauch des einen Anliegers nicht zugunsten des anderen unterdrückt werden; die übrigen Anlieger sollten statt Flußwasser für ihre Zwecke Quell- oder Leitungswasser benutzen. In einer Gegendarstellung argumentierte die Stadt Aalen, die Unterkochener Fabrik sei an einem für die Herstellung von Zellulose so ungünstig als möglich gelegenen Ort errichtet. Wenn es ihr nicht gelinge, durch veränderte Betriebseinrichtungen den Abfluß der Kocherlauge unschädlich zu machen, bleibe nichts anderes übrig, als ihren Betrieb in einer den örtlichen Verhältnissen und Anlagen entsprechenden Weise einzuschränken⁷².

Das höchste Gericht des Landes verkündete am 5. Mai 1897 sein Urteil „im Namen des

Königs⁷³: Die Rechtsbeschwerde der Firma wurde als unbegründet abgewiesen. In der Urteilsbegründung wurden die umstrittenen Laugen als „unzweifelhaft schädliche Flüssigkeiten“ angesprochen; da diese nach dem Stand der Technik auch durch Eindampfen einwandfrei zu beseitigen wären, gab das Gericht den „beachtenswerten Interessen einer großen Zahl von Flußanwohnern“ den Vorzug.

Nun lag der ersehnte Urteilsspruch vor; der Vollzug ließ indessen noch auf sich warten. Zunächst erreichte die Betriebsleitung einen weiteren Terminaufschub für das Einleitungsverbot ihrer Laugen bis 1. September 1897⁷⁴. Sodann betrieb sie erneute Pläne, einen dritten Holzkocher aufzustellen, eine Verdampfungsanlage zu bauen und die dabei anfallende, angeblich unschädliche Endlauge in den Kocher zu leiten bzw. in einem Steinbruch am Heulenberg versickern zu lassen⁷⁵. Gegen den Abfluß in den Kocher erhoben sich sofort die alten Proteste, gegen das Vorhaben im Steinbruch wandten sich neue. Wieder wurde der Weg durch die Instanzen beschritten. Erwartungsgemäß fielen die Entscheidungen der übergeordneten Behörden, Kreisregierung und Innenministerium, zuungunsten des Unterkochener Werkes aus. Es ging dem Unternehmen darum, das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes zu unterlaufen, das Verfahren durch neue Pläne und Zusatzanträge hinauszuziehen, um immer wieder Terminaufschub zu gewinnen. Diese Taktik schien sich auch zu bewähren; es gab eine neue Fristverlängerung bis 1. Oktober 1897⁷⁶. Sie sollte dieses Mal endgültig sein; ein abermaliges Gesuch der Firmenleitung wurde ministeriell abgeschlagen⁷⁷.

Die Formen der Auseinandersetzung waren zuletzt immer härter geworden. Im Sommer 1897 mußten sich Gemeinderat und Bürgerausschuß in öffentlichen Erklärungen vor Stadtschultheiß Bausch stellen; er war zur Zielscheibe gehässiger persönlicher Ausfälle von Vertretern und Aktionären der Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen geworden⁷⁸. In einer hitzigen Pressekampagne wurden heftige Vorwürfe erhoben. Ratsschreiber Paul Maier wurde beschuldigt, „anonyme Hetzartikel“ gegen das Unterkochener Unternehmen in die Landespresse lanciert zu haben. Insbesondere konnte man ihm nachweisen, im September 1895 für den „Kinzig-Boten“ einen Artikel verfaßt zu haben, welcher die Firma schwer angegriffen hatte und der von der Stadtverwaltung Aalen im Prozeßverfahren als willkommene „Pressestimme“ erfolgreich ausgespielt wurde. Äußerst scharf reagierte der Aalener Apotheker Hugo Cloß; er war Hauptaktionär des sich zur Wehr setzenden Betriebs. Sein Leserbrief in der „Kocher-Zeitung“ wurde zu einem Rundschlag: „Der perfid, gurgelabschneiderische Artikel im Kinzigtäler“ verdiene gründliche Verachtung. „Die einzige Antwort auf denselben kann nur ein Hundstritt sein . . . Zweifelhaft ist mir, ob es zu den Aufgaben bürgerlicher Kollegien gehört, ein blühendes Geschäft ohne Not zu ruinieren, Hunderte von Arbeitern um ihr Brot und ihren sicheren Verdienst zu bringen, Staat, eine Gemeinde und eine Reihe von Existenzen aufs Schwerste zu schädigen und in ihrem Erwerb zu beeinträchtigen und eine weitere Reihe ehrenwerter Familien um Hab und Gut zu bringen.“ In meisterhafter Weise sei aus Judenhaß, von Gift und Galle ein

Hexenbrei zusammengekocht worden, in welchem die Zellstoff-Fabriken erstickt werden sollten. Für diese groben Beschimpfungen wurde Hugo Cloß wegen Beleidigung des Ratsschreibers und der bürgerlichen Kollegien in Aalen zu Geldstrafen verurteilt.

Die Papier- und Zellstoff-Fabrik kämpfte mit allen Mitteln verzweifelt um ihr Fortbestehen. Am 16. Oktober 1897 erschien eine Abordnung von Arbeitern des Betriebs im Aalener Rathaus, um Stadtvorstand und Gemeinderat zu bewegen, die Firma noch bis Frühjahr 1898 weiterarbeiten zu lassen⁷⁹. Stadtschultheiß Bausch wies dieses Ansinnen zurück. Wenige Tage später verlautete aus inoffizieller Quelle, die staatlichen Stellen wollten von einem Vorgehen gegen die Fabrik zunächst absehen⁸⁰. Erneut war es der Firmenleitung gelungen, durch direkte Intervention beim Innenministerium stillschweigende Duldung und weitere Schonung zu erlangen; wieder blieben längst fällige Entscheidungen aufgeschoben. „Tiefste Mißstimmung“ herrschte darüber in Aalen⁸¹. In einer Eingabe hatte das Unternehmen behauptet, „seit der Benützung der Sammelweiher zur Aufnahme der Ablaugen (Dezember 1897) sei eine Besserung des Kocherflusses eingetreten“⁸². Dies schien sich, wie schon in vorausgehenden Jahren, zur Winterzeit zu bestätigen; doch in den heißen Sommermonaten 1898 „war der Kocher . . . ganz dick, abscheulich, braun dreckig, wie noch selten vorher“⁸³.

Auf wiederholte Proteste, Augenscheintermine und Verhandlungen brach das Innenministerium mit Erlaß vom 25. Oktober 1898 sein langes Schweigen. Die Firma hatte zwar wiederum eine neue Fristverlängerung bis 31. März 1899 zugestanden bekommen⁸⁴; dieser – nunmehr endgültigen – Entscheidung lag aber eine rechtsverbindliche Erklärung von Direktion und Aufsichtsrat des Werkes zugrunde, „daß vom 1. April 1899 ab auf das Recht zum Betrieb der Zellstoff-Fabrik in Unterkochen . . . verzichtet werde“. Das Unternehmen, das zuletzt rd. 200 Arbeiter beschäftigte⁸⁵, hatte seinen Kampf aufgegeben. Es verlegte seine Produktion nach Stockstadt am Main, unweit von Aschaffenburg. Dadurch entstand für die Gemeinde Unterkochen ein Steuerabmangel von 7–8000 Mark⁸⁶. Der größte Teil der Belegschaft fand neue Arbeitsplätze in den heimischen Betrieben. Mehrere Unterkochener Arbeiter hielten jedoch „ihrer“ Zellstoff-Fabrik die Treue und übersiedelten mit ihren Familien an den Main. Die Liebe zur alten Heimat blieb ihnen erhalten; die Verbindungen mit dem oberen Kochertal sind nie abgerissen. Im Jahre 1960 veranstaltete der Gesangverein Liederkrantz Unterkochen eine unvergeßliche zweitägige Besuchsfahrt nach Stockstadt, bei der alte Beziehungen aufgefrischt wurden⁸⁷.

Die Anwohner am Kocher konnten nach der Auflösung der Papier- und Zellstoff-Fabrik aufatmen. Julius Bausch vermerkte in seiner Chronik⁸⁸: „Gottlob!, daß nun damit der für die Stadtgemeinde Aalen und ganz besonders für den Stadtschultheißen so leidige Streit sein Ende erreicht hat. Mußte ja der Stadtschultheiß den Beteiligten gegenüber den ganzen Haß und die schrankenloseste Anfechtung infolge unausbleiblicher selbstverschuldeter Schädigung als Lückenbüßer für die Gemeindevertretung

allein auf sich laden. Doch findet er den Trost in dem Bewußtsein getreuer Pflichterfüllung.“

Auffallend war, „wie schnell sich . . . das Kocherwasser wieder aufgeheilt hat“. Seit die Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen ihren Betrieb stillgelegt hatte, war „mit großer Genugtuung“ festzustellen, daß der Fluß „zwar langsam, aber stetig an Reinheit zunimmt. Die Algenbildung . . . hat vollständig aufgehört . . . Die natürliche Folge ist, daß bereits wieder Fische, wenn auch in geringer Zahl, wieder stromaufwärts sich einstellen. Auch ist an untiefen Stellen das Wasser klar durchsichtig, so daß die Kieselsteine auf dem Grund erscheinen, was früher nie der Fall war. Ferner machen die Landwirte wieder von ihrem Bewässerungsrecht Gebrauch.“⁸⁹ Ein über Jahre sich hinziehendes Ärgernis hatte sein Ende gefunden. Was letztlich den hauptsächlichen Anstoß erregt hatte, war allen Beteiligten offenbar nicht bekannt. Die Abwässer von Zellstoff-Fabriken bilden einen idealen Nährboden für Wasserpilze. Sie entstehen kurz unterhalb der Fabrikanlagen und vermehren sich über weite Strecken der Flußläufe. Unter ungünstigen Vegetationsbedingungen sterben diese Pilze ganz rasch massenhaft ab. Ihre Zersetzungsprodukte erzeugen, besonders bei hohen sommerlichen Temperaturen, eine Verpestung des Wassers und der Luft; im Winter wird der Übelstand nicht so unmittelbar empfunden. Auf diese Tatsache machte schon im Februar 1896 ein sehr gescheiter Vortrag beim Verein für vaterländische Naturkunde in Stuttgart aufmerksam. Ein ausführlicher Bericht erschien damals in der „Schwäbischen Chronik“⁹⁰. Doch dürfte diese Erkenntnis damals kaum in das öffentliche Bewußtsein eingegangen sein. Neben den giftigen Schadstoffen, wie Säuren und Laugen, bildeten flockenartige Pilzkulturen landesweit im Umkreis von Zellstoff-Fabriken den Großteil unerträglicher Belästigungen.

In die Werksanlagen der ehemaligen Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen zog 1899 die Firma Eisenkonstruktion Unterkochen GmbH ein⁹¹. Unter der Leitung von Direktor Wirtz stellte das Werk Eisenbauten und Eisenbahnweichen her. Schon im Jahre 1906 führten Schwierigkeiten zum Besitzwechsel. Emil Kellenberger und Walter Stotz erwarben 1907 das Anwesen und richteten darin die Eisenkonstruktions- und Brückenbau-Werkstätten Unterkochen ein. Nachdem Walter Stotz vorübergehend alleiniger Inhaber war, ging das Unternehmen 1910 durch Kauf an die Gebrüder Wöhr über; sie besaßen zuvor in Stuttgart einen elterlichen Betrieb. Nach der Aufnahme des Baus von Schrotmühlen, Stalleinrichtungen und anderen Geräten entwickelte sich das Eisenwerk im Stahlskelettbau, Gittermasten- und Brückenbau zu einem der ersten Konstruktionsbetriebe in Württemberg.

Umwelt hat Geschichte. Das Nachdenken über negative Folgen von Umweltveränderungen durch den Menschen ist nicht neu. Ein verstärkter Ausbau der Industriestandorte bringt schleichende und offenkundige Gefährdungen der Lebensbedingungen immer mehr zum Bewußtsein. „Heute berühren die Umweltprobleme jeden einzelnen von uns; das Bewußtsein für die Notwendigkeit des Schutzes unserer Lebensgrundla-

gen ist äußerst lebendig. Gerade deshalb ist die Beschäftigung damit sinnvoll, wie in der Vergangenheit mit der Umwelt umgegangen wurde und warum dies jeweils so geschah. Die Erfahrungen, die sie zu Tage fördert, können in unserer aktuellen Umweltdiskussion eine wichtige Hilfe sein“ (Richard von Weizsäcker)⁹².

Anmerkungen:

- 1 „Umwelt hat Geschichte“, Aufgabenheft und Magazin zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte 1986/87 um den Preis des Bundespräsidenten, hg. von der Körber-Stiftung, Hamburg 1986 (im Stadtarchiv Aalen – StaA)
- 2 Julius Bausch, Stadtchronik 1873–1900 (handgeschrieben, im StaA), S. 24
- 3 Karl Adolf Kling, Unterkochen – Heimatgeschichte und Chronik (maschinenschriftliches Manuskript, Kopie im StaA), S. 269, 270, 312, 313;
Unterkochen in Vergangenheit und Gegenwart. Ein Heimatbuch, Aalen 1954, S. 216, 221, 224
- 4 Standesamt Aalen, Familienregister B 1, S. 245
- 5 StaA, Bauakten „Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen“
- 6 Wie Anm. 5
- 7 Karlheinz Bauer, Aalen in alten Ansichten, Teil IV: Das Bild der Stadtbezirke, Aalen o. J., Bl. 4
- 8 Karl Adolf Kling, a. a. O., S. 312
- 9 Wie Anm. 5
- 10 StaA, GR 1888, S. 43;
Julius Bausch, a. a. O., S. 299
- 11 Kocher-Zeitung (KZ) vom 22. 2. 1888
- 12 StaA, Akten „Verunreinigung des Kochers durch die Papier- und Zellstoff-Fabrik Unterkochen“, 2
- 13 StaA, GR 1888, S. 43 b, 44, 44 b
- 14 KZ vom 13. 6. 1888
- 15 Julius Bausch, a. a. O., S. 307
- 16 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 3, 4, 8
- 17 Desgl., 8;
StaA, GR 1891, S. 174; 1892, S. 77 b
- 18 StaA, GR 1892, S. 77 b–81
- 19 Julius Bausch, a. a. O., S. 477
- 20 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 13
- 21 Desgl., 3, 12
- 22 Desgl., 17
- 23 Desgl., 10
- 24 Desgl., 16
- 25 Desgl., 16 a
- 26 Desgl., 14
- 27 KZ vom 17. 6. 1893;
StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 16 b
- 28 Desgl., 18
- 29 Desgl., 19
- 30 Desgl., 20
- 31 Julius Bausch, a. a. O., S. 515
- 32 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 21
- 33 Desgl., 23
- 34 Desgl., 27–31
- 35 Desgl., 25, 35

- 36 Desgl., 26
- 37 Desgl., 32
- 38 Julius Bausch, a. a. O., S. 515;
StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 33
- 39 Desgl., 42
- 40 Desgl., 46, 47;
Julius Bausch, a. a. O., S. 516
- 41 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 51
- 42 Desgl., 47
- 43 Desgl., 52
- 44 Desgl., 53
- 45 Desgl., 54, 57, 58
- 46 Desgl., 63
- 47 Desgl., 59;
Julius Bausch, a. a. O., S. 558
- 48 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 60, 61
- 49 Desgl., 89
- 50 Desgl., 67;
Julius Bausch, a. a. O., S. 516
- 51 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 102
- 52 Desgl., 98, 100, 101
- 53 Desgl., 92, 104, 105;
Julius Bausch, a. a. O., S. 611, 612
- 54 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 86, 87
- 55 Desgl., 71
- 56 Desgl., 71, 72
- 57 Desgl., 102
- 58 Desgl., 98
- 59 Desgl., 103
- 60 Desgl., 106
- 61 Desgl., 107, 111, 113
- 62 Desgl., 114;
Julius Bausch, a. a. O., S. 643
- 63 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 112
- 64 Desgl., 115
- 65 Desgl., 119
- 66 Desgl., 123
- 67 Desgl., 124
- 68 Desgl., 132, 133
- 69 Desgl., 131
- 70 Desgl., 137;
Julius Bausch, a. a. O., S. 643, 644
- 71 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 138
- 72 Desgl., 152
- 73 Desgl., 158
- 74 Desgl., 163;
Julius Bausch, a. a. O., S. 717, 718
- 75 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 174
- 76 Desgl., 177
- 77 Desgl., 180, 181;
Julius Bausch, a. a. O., S. 719
- 78 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 175;
Julius Bausch, a. a. O., S. 720–724, 781

- 79 StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 183, 184
80 Desgl., 185
81 Desgl., 186
82 Desgl., 203
83 Desgl., 201, 205
84 Julius Bausch, a. a. O., S. 779–781;
StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 211
85 Desgl., 209
86 Karl Adolf Kling, a. a. O., S. 313
87 Festschrift 150 Jahre Liederkrantz Unterkochen, Unterkochen 1983, S. 41
88 Julius Bausch, a. a. O., S. 866
89 Desgl., S. 866;
StaA, Akten „Verunreinigung . . .“, 215
90 Desgl., 116
91 Karl Adolf Kling, a. a. O., S. 312–314;
Unterkochen in Vergangenheit und Gegenwart, a. a. O., S. 216, 217, 221, 224
92 Wie Anm. 1